



**QUEEN'S
UNIVERSITY
BELFAST**

Klimawandel oder Wirtschaftskollaps? Die subsaharischen Ölexportländer stehen vor einem großen Dilemma

Andreasson, S., & Scholvin, S. (2018). Klimawandel oder Wirtschaftskollaps? Die subsaharischen Ölexportländer stehen vor einem großen Dilemma. *iz3w*, (369), 10-12.
https://www.iz3w.org/zeitschrift/ausgaben/369_friedensprozesse

Published in:
iz3w

Document Version:
Peer reviewed version

Queen's University Belfast - Research Portal:
[Link to publication record in Queen's University Belfast Research Portal](#)

Publisher rights
Copyright 2018 iz3w. This work is made available online in accordance with the publisher's policies. Please refer to any applicable terms of use of the publisher.

General rights
Copyright for the publications made accessible via the Queen's University Belfast Research Portal is retained by the author(s) and / or other copyright owners and it is a condition of accessing these publications that users recognise and abide by the legal requirements associated with these rights.

Take down policy
The Research Portal is Queen's institutional repository that provides access to Queen's research output. Every effort has been made to ensure that content in the Research Portal does not infringe any person's rights, or applicable UK laws. If you discover content in the Research Portal that you believe breaches copyright or violates any law, please contact openaccess@qub.ac.uk.

Klimawandel oder Wirtschaftskollaps?

Die subsaharischen Ölexportländer stehen vor einem großen Dilemma

Viele Länder Subsahara-Afrikas sind von Rohstoffexporten abhängig. Zurzeit leiden insbesondere die Erdöl exportierenden Länder der Region unter dem Preisverfall. Zudem müssen aufgrund des Klimawandels der Globale Norden sowie China und Indien ihre Wirtschaften rasch dekarbonisieren. Gelingt dies, werden die subsaharischen Ölexportländer zwar möglicherweise von gravierenden Umweltveränderungen verschont. Aber es dürfte zu schwerwiegenden wirtschaftlichen Einbrüchen kommen.

Von Stefan Andreasson und Sören Scholvin

Subsahara-Afrika ist seit der Kolonialzeit zu einer Rolle als Exporteur von Rohstoffen verdammt. Insbesondere in erdölreichen Ländern hat sich eine Monostruktur entwickelt. So macht die Extraktion fossiler Energieträger im Südsudan 28 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus. In Äquatorialguinea, Angola und Gabun sind es 31, 27 und 24 Prozent, gefolgt vom Tschad und Nigeria mit 12 beziehungsweise 11 Prozent. Öl kommt im Durchschnitt für 85 Prozent der Exporte in diesen Ländern auf. Rund 80 Prozent der öffentlichen Einkünfte von Angola und der Republik Kongo werden durch Ölexporte erwirtschaftet. In Äquatorialguinea sind es sogar 90 Prozent.

Kritische Forschung hat vielfach gezeigt, dass Ressourcenreichtum eher Fluch als Segen für die betroffenen Länder sein kann. Das betrifft nicht nur Öl, sondern auch Diamanten und unter Umständen sogar agrarische Rohstoffe. Die wirtschaftliche Monostruktur ressourcenexportierender Länder ist oft kaum überwindbar. Für den Abbau von Rohstoffen bilden sich von ausländischen Firmen dominierte Enklaven, die nahezu keine Verbindungen zur jeweiligen Binnenökonomie haben. Sich selbst verstärkende Prozesse von Industrialisierung und Massenkonsum bleiben somit aus.

In politischer Hinsicht hat Ressourcenreichtum oft Klientelismus und Korruption zur Folge. Regierungen sichern sich Unterstützung in der Bevölkerung, indem sie entscheidende Gruppen mit Subventionen und privilegiertem Zugang zum Ressourcensektor, vor allem als GeschäftspartnerInnen ausländischer InvestorInnen, bevorzugen. In konfliktträchtigen Regionen kann das Vorhandensein leicht abbau- und transportierbarer Rohstoffe gewaltsame Konflikte fördern, etwa in Nigeria im Nigerdelta. Rohstoffextraktion verschafft den entsprechenden Regierungen auch Mittel, um militärische Abenteuer zu finanzieren, wie beispielsweise Angolas Interventionen in der Demokratischen Republik Kongo in den 1990er und 2000er Jahren.

Wie ausgeprägt der „Ressourcenfluch“ ausfällt, hängt von zahllosen Details ab: von Eigenschaften der Ressourcen über die Funktionsfähigkeit der Institutionen eines Landes bis zu Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft. Kanada und Norwegen beispielsweise haben dank funktionierender politischer Institutionen von ihrem Rohstoffreichtum profitiert. In Subsahara-Afrika finden sich jedoch bis auf Botswana keine Positivbeispiele.

Von der Bonanza zum Preiseinbruch

Trotz aller Deformationen ihrer Wirtschaften haben ressourcenreiche Entwicklungsländer, vor allem Ölexporteure, vom Rohstoffpreisboom zu Beginn dieses Jahrtausends profitiert. Dass in Angola, Nigeria und andernorts in Subsahara-Afrika eine zwar instabile, aber doch kaufkräftige neue Mittelschicht entstanden ist, hängt auch mit Investitionen in die Rohstoffe dieser Länder,

Arbeitsplätzen in der extraktiven Industrie und deren Zulieferern sowie bis etwa 2014 mit hohen Zahlungen von Royalties, also Abgaben für Förderrechte, und anderen Steuern ausländischer Konzerne zusammen. Mit der neuen Mittelschicht sind vielfältige Investitionsmöglichkeiten jenseits des Ressourcensektors entstanden. Auch ist es in gewissem Ausmaß gelungen, Rohstoffe für nationale oder länderübergreifende Märkte zu verarbeiten, wie Investitionen in Ölraffinerien und Distributionsnetzwerke für Benzin und Diesel in Ghana veranschaulichen. In Nigeria gibt es entgegen dem typischen Enklavencharakter beachtliche lokale Verflechtungen der Ölindustrie.

Gleichzeitig blieben aber viele altbekannte Probleme bestehen. So profitieren vom angolanischen Ölsektor fast ausschließlich Angehörige der mit der Regierungspartei eng verwobenen Oberschicht. Von der 2013 eingeführten, vergleichsweise strikten Gesetzgebung zur Beteiligung ghanaischer Unternehmen („local content“) haben mittelständische und große Unternehmen profitiert, kaum aber Neugründungen oder der für die meisten GhanaerInnen entscheidende informelle Sektor. In Mosambik, Tansania und Uganda ist die Teilhabe einheimischer Unternehmen „begrenzt, oberflächlich und ineffizient“, wie es ein Beitrag im Forum for Development Studies zusammenfasst.

Schwerer wiegt der Einbruch des Ölpreises. Von seinem Höchststand bei 144 US-Dollar pro Barrel im Juli 2008 fiel er auf nur 34 US-Dollar im Dezember 2008. Nach zwischenzeitlicher Erholung und erneutem Einbruch hat er mittlerweile 75 US-Dollar erreicht. Neben dem langsamer werdenden Wachstum der chinesischen Wirtschaft erklären verschiedene machtpolitische Faktoren, warum es bei einem niedrigen Preis bleiben dürfte. Zu nennen sind unter anderem das Streben der USA nach hohen Energieexporten und die Weigerung Saudi Arabiens, seine Exporte zu drosseln. Hinzu kommt der technologische Fortschritt bei alternativen Energiequellen, insbesondere bei ‚grünem Strom‘ sowie Elektro- und Hybridfahrzeugen. Vor diesem Hintergrund kündigte der Vorstandsvorsitzende von Shell, Ben van Beurden, an, sein Unternehmen stelle sich auf einen langfristig geringen Ölpreis von rund 40 US-Dollar pro Barrel ein.

Problematisch für Subsahara-Afrika ist, dass viele Staaten dort einen recht hohen Preis brauchen, um auf einen halbwegs ausgeglichenen Haushalt zu kommen. Dieser liegt bei 94 US-Dollar für Angola, 97 für Gabun und 124 für Nigeria. Ein Ölpreis darunter erfordert massive Ausgabenkürzungen.

Durch die Ausbeutung nicht konventioneller Öl- und Gasvorkommen in Nordamerika, insbesondere Schieferöl und -gas, hat sich die Marktlage für die subsaharischen Exporteure drastisch verschlechtert. In der ersten Dekade dieses Jahrtausends verzehnfachte sich die Gasförderung in den USA. Die Ölproduktion nahm auf einen Rekordwert von 9,9 Millionen Barrel pro Tag zu. Vor allem die Exporteure von leichtem Rohöl, das in seinen chemischen Eigenschaften den neu erschlossenen Vorkommen in Nordamerika ähnelt, haben Einbrüche verzeichnet. So gingen Nigerias Exporte in die USA von 2010 bis 2014 massiv zurück: von 983.000 auf 58.000 Barrel pro Tag.

Auch Angola, das mittelschweres Rohöl fördert, exportiert nur noch ein Drittel der Menge von 2006 in die USA. Rund ein Viertel der Staatsausgaben ist infolgedessen nicht gedeckt. 2015 kündigte die Regierung an, die öffentlichen Ausgaben zu halbieren. Vermehrte Gelbfieberfälle in den Armenvierteln der Hauptstadt Luanda im Folgejahr wurden auf Kürzungen im Gesundheitswesen zurückgeführt. Selbst kleinere Produzenteländer sind betroffen, finden aber leichter alternative Märkte: Während 2010 noch 30 Prozent von Äquatorialguineas Ölexporten in die USA gingen, fiel dieser Wert innerhalb von drei Jahren auf acht Prozent. Gabun verzeichnete einen Rückgang von 50 auf 15 Prozent in nur zwei Jahren.

Da sich die Erschließung nicht konventioneller Vorkommen zumindest in Nordamerika durch eine große Anpassungsfähigkeit der Industrie, rasche technologische Fortschritte und sehr erfolgreiche Kapitalbeschaffung auszeichnet (all dies senkt die Produktionskosten), dürfte der Preisverfall weiterhin anhalten. Bei einer erfolgreichen Expansion der Industrie in Länder mit großen nicht konventionellen Vorkommen wie Argentinien und China dürfte er sogar noch zunehmen.

Klimawandel und „stranded assets“

Doch der Preisverfall ist nur ein Teil der Problemlage, mit der die Ölexporteure Subsahara-Afrikas konfrontiert sind. Langfristig schwerer wiegt der Klimawandel, der ja auf das Verbrennen fossiler Energieträger und damit auch auf das Wirtschaftsmodell der subsaharischen Ölexportländer zurückgeht. Laut Weltklimarat wird der Temperaturanstieg in Subsahara-Afrika, vor allem in ariden Gegenden, über dem globalen Durchschnitt liegen. Dies werde den bereits jetzt akuten Wassermangel im Norden Nigerias und im Tschad verstärken. In Tansania sei eine Ausbreitung von Malaria zu erwarten. Städte im Nigerdelta wie Port Harcourt seien vom steigenden Meeresspiegel bedroht. Angola und Mauretanien, wo in naher Zukunft auch Erdöl gefördert werden könnte, gehörten zu den verwundbarsten Ländern weltweit in Hinblick auf Änderungen des Fischbestands. Im Südsudan und Uganda dürften die Niederschläge in den Monaten August und September erheblich abnehmen.

Um die Erderwärmung auf höchstens 2°C zu begrenzen und so noch schlimmere Umweltveränderungen als die eben genannten zu verhindern, müssten zwei Drittel der bisher gefundenen Kohle-, Öl- und Gasvorkommen ungenutzt bleiben. In Subsahara-Afrika ist die Exploration von Öl und Gas noch nicht so weit fortgeschritten wie in anderen Teilen der Welt. Bedenkt man dieses Potenzial, sind die ressourcenreichen Länder des Subkontinents noch stärker benachteiligt. Mit anderen Worten, traditionelle Ölexporteure wie Angola und Nigeria, aber auch Länder, in denen Vorkommen erst kürzlich gefunden wurden, müssten wegen des Klimawandels auf einen grundlegenden Wandel der nationalen und weltweiten (Energie-)Wirtschaft hinwirken, also viele ihrer Ressourcen nicht erschließen.

In diesem Sinne sind Ölvorkommen sogenannte „stranded assets“, also Anlagen, die eine nicht erwartete Abwertung erfahren. Wird das Pariser Klimaabkommen umgesetzt, werden 80 Prozent aller fossilen Rohstoffe zu wertlosen Anlagen. Verschiedene Rentenfonds haben bereits ihre entsprechenden Aktien abgestoßen. Selbst Norwegens Staatsfonds, den es nur wegen des Öl- und Gasreichtums des nordeuropäischen Landes gibt, zieht sich Schritt für Schritt aus fossilen Energieträgern zurück. Anders als Fonds und Unternehmen können sich aber Staaten problematischer Assets, wie den Verfügungsrechten über fossile Energieträger, kaum kurzfristig entledigen. Wenn bei einer erfolgreichen Dekarbonisierung im Globalen Norden sowie in China und Indien irgendwann die Preise für fossile Energieträger mangels Nachfrage drastisch fallen, sitzen erdölreiche Länder des Globalen Südens bildlich gesprochen auf wertlosen Ressourcen und stehen vor einem wirtschaftlichen Kollaps.

Selbst wenn man nicht annimmt, dass eine Dekarbonisierung der Weltwirtschaft gelingt und die Pariser Vereinbarungen eingehalten werden, sind doch Maßnahmen seitens der Staaten des Globalen Nordens und von Schwellenländern zu erwarten, die in diese Richtung gehen. Um den Ausstoß von Kohlenstoffdioxid zu begrenzen, soll dieser besteuert werden. Entsprechende Vorhaben sind schwierig, schreiten aber voran. Verschiedenen Studien zufolge müsste eine entsprechende Steuer bei 45 bis 100 US-Dollar pro Tonne Kohlenstoffdioxid liegen. Alles darunter macht es rein

ökonomisch rational, weiter fossile Energieträger zu verwenden und die Kosten des Klimawandels zu tragen. Wichtig für Öl exportierende Länder ist, dass eine Steuer in der genannten Höhe Kosten von 15 bis 35 US-Dollar pro Barrel Öl mit sich bringen würde. Zieht man diese Kosten vom aktuellen Ölpreis und den Produktionskosten ab, wird das Fördern von Öl in einigen Fällen zum Verlustgeschäft, müsste also eingestellt werden.

Was bleibt als Perspektive für die erdölreichen Länder Subsahara-Afrikas? Die von privaten und staatlichen Entwicklungshilfeorganisationen gebetsmühlenhaft wiederholte Empfehlung, sich wirtschaftlich zu diversifizieren, ist wegen der dargestellten hohen Abhängigkeit von Ölexporten bis auf Weiteres unrealistisch.

Selbst innerhalb des Energiesektors bleibt Vieles jenseits von Öl und Gas auf Nischen beschränkt. In Mosambik haben brasilianische Firmen in die Biotreibstoffherstellung investiert. Die erste Fabrik des Landes für Solarzellen wurde mithilfe eines Kredits der indischen Export-Import-Bank gebaut. Wirtschaftliche Entwicklung in größerem Maßstab erhofft man sich jedoch vom Export von Erdgas (vor der Küste im Norden des Landes) und von Kohle (aus Zentralmosambik). Wasserkraftwerke werden in Angola und andernorts gebaut, sind aber entwicklungs- und umweltpolitisch problembehaftet. Lediglich im ohnehin schon vergleichsweise diversifizierten Kenia und in Südafrika, nicht aber in Nigeria oder gar Äquatorialguinea und Gabun, sind ausländische Investoren und einheimische Unternehmen bei Solar- und Windkraft einigermaßen erfolgreich.

Darüber hinaus setzen wichtige Entscheidungsträger weiterhin nicht auf den notwendigen strukturellen Wandel. Nigerias Ölminister Emmanuel Ibe Kachikwu ist der Meinung, sein Land müsse die Förderkosten senken, um wieder wettbewerbsfähig zu werden und seine Ölexporte zu steigern. Langfristige wirtschaftliche Entwicklung soll durch besseren Technologieeinsatz im Ölsektor (Automatisierung und Digitalisierung) bei gleichzeitiger Steigerung der Teilhabe nigerianischer Unternehmen erreicht werden. In der Tat haben Investitionen in die Zuliefererindustrie beträchtlich zugelegt: Die Kapitalströme zu nigerianischen Firmen, die in den Ölsektor involviert sind, werden, verteilt über die letzten Jahre, auf rund fünf Milliarden US-Dollar geschätzt. Doch dies verfestigt Nigerias problematischen Entwicklungspfad und verstärkt die Probleme, die entweder der Klimawandel oder die weltweite Dekarbonisierung für das Land mit sich bringen.

Internationale Organisationen haben ebenfalls keinen Paradigmenwechsel vollzogen. Mit der bevorstehenden Ölförderung in Uganda verbindet die Weltbank beträchtliches Potenzial für das ostafrikanische Land, sie weist allerdings zumindest auf „vielseitige Herausforderungen“ hin. Diese liegen aus Sicht der Weltbank jedoch in der Frage, wie der Ressourcenabbau mit einer konkurrenzfähigen ugandischen Zuliefererindustrie verbunden werden kann – soll heißen Aktivitäten entlang der gesamten Wertschöpfungskette statt bloßer Export von Rohöl.

Angesichts von Klimawandel und drohendem Wertverfall fossiler Brennstoffe führen die sich für Nigeria und Uganda abzeichnenden Kurse in eine Sackgasse. Dass sie durch tragfähige Wirtschaftsmodelle wie eine ökologische Entwicklung im Agrar- und Energiebereich unter Einschluss ausländischer InvestorInnen und des informellen Sektors oder die Stärkung handwerklicher und kleinindustrieller Produktion für lokale Märkte ersetzt werden, ist wünschenswert, aufgrund politischer Macht- und wirtschaftlicher Abhängigkeitsverhältnisse aber unwahrscheinlich.

Stefan Andreasson ist Dozent an der Queen's University Belfast und **Sören Scholvin** arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Leibniz-Universität Hannover.

Literatur:

Stefan Andreasson (2018): The Impact of the US Energy Revolution and Decarbonisation on Energy Markets in Africa. In: Value Chains in Sub-Saharan Africa. Challenges of the Integration in the Global Economy, hg. von Sören Scholvin et al. Berlin.

James Cust/ David Manley/ Giorgia Cecchinato (2017): Unburnable Wealth of Nations. www.imf.org.

Michael W. Hansen et al. (2016): The Economics and Politics of Local Content in African Extractives. Lessons from Tanzania, Uganda and Mozambique. Forum for Development Studies, Bd. 43, Nr. 2, S. 201-228.

Einklinker:

Der langfristige Preisverfall von Erdöl ist nur ein Teil der Problemlage

Wichtige Entscheidungsträger setzen nicht auf den notwendigen strukturellen Wandel